



Kommunen steht das Wasser bis zum Hals

Land spart bei Städten und Gemeinden – zu Lasten der Bevölkerung / 37 Schwimmbäder seit 2007 dicht



Nur noch gut die Hälfte der hessischen Schülerinnen und Schüler erhält bis zur 4. Klasse Schwimmunterricht – auch das eine Folge einer verfehlten Sparpolitik des Landes.
Bild: limeyrunner / fotolia

Die Lage in vielen Hessischen Kommunen hat sich in den letzten Jahren dramatisch zuge-spitzt. Vielerorts stehen Städte, Gemeinden und Landkreise vor dem finanziellen Kollaps, die Folgen für die Bürgerinnen und Bürger sind dramatisch: Laut DLRG Hessen wurden seit 2007 37 Schwimmbäder

in Hessen geschlossen, 48 sind von der Schließung bedroht. Darüber hinaus wurden Musikschulen geschlossen und die Zuschüsse für Volkshochschulen radikal zusammen-gestrichen, um nur einige Beispiele zu nennen. Bundes- und Landespolitik versuchen die Schuld für dieses Fiasko auf die Kommunen abzuwäl-

zen. Man habe dort jahrelang über die Verhältnisse gelebt. Eine beliebte Begründung, aber eine falsche: Städte und Gemeinden geben seit Jahr-zehnten immer weniger Geld aus – ihre Schulden sind trotz-dem massiv gestiegen. Bereits 100 überschuldete Kommu-nen sind unter den sogenann-ten „Schutzschirm“ der Lan-

desregierung geschlüpft. Die Folgen: weitere Gebührener-höhungen und Leistungsein-schränkungen für die Bürge-rinnen und Bürger.

Zu wenig Geld vom Land

Die wahren Ursachen für die Finanznot liegen in ei-ner verfehlten Steuerpolitik, die dazu führt, dass Kommu-nen wesentlich weniger Geld zur Verfügung steht. Zusätzlich wurden ihnen vom Land zu-sätzliche Aufgaben übertragen – ohne finanziellen Ausgleich. Außerdem: Seit 2011 erhalten die Kommunen jedes Jahr 344 Millionen Euro weniger Geld vom Land. Für die Landesre-gierung eine feine Sache: den eigenen Haushalt auf Kosten der Kommunen zu sanieren – so lässt es sich trefflich sparen.

DIE LINKE will sozial ge-rechte Steuern und die Kom-munen ausreichend daran beteiligen. Dies würde hel-fen, Schwimmbäder und Mu-sikschulen zu erhalten – zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger und kommender Ge-nerationen.

Sonntagsschutz: Mehrarbeit verhindern

In Krankenhäusern, in Alten-heimen, bei der Polizei und der Bahn wird sonntags ge-arbeitet. Auch an Tankstel-len und in der Gastronomie halten Menschen am eigent-lich arbeitsfreien Sonntag die Grundversorgung aufrecht. Immer häufiger wird aber ge-fordert, dass die Menschen auch am Sonntag die Möglich-keit haben sollten, umfassend einzukaufen.

DIE LINKE lehnt diese For-derungen ab und spricht sich vielmehr für einen verstärk-ten Schutz des Sonntags aus. Hermann Schaus, Parla-mentarischer Geschäftsführer und kirchenpolitischer Spre-cher der Fraktion: „Der Sonn-tag ist kein Tag wie jeder ande-re. Sonn- und Feiertage sind im Grundgesetz ausdrücklich geschützt. Leider müssen wir aber feststellen, dass immer mehr Genehmigungen erteilt werden. Gerne hätten wir ge-wusst, wo sonntags gearbeitet wird. Doch Transparenz ist of-fenbar nicht gefragt, unser An-trag für einen jährlichen Sonn-tagsschutzbericht wurde von CDU und Grünen abgelehnt.“

DIE LINKE fordert: Gute Arbeit statt Leiharbeit und Minijobs

In Hessen arbeitet jede dritte Frau im Niedriglohnbereich – Tendenz steigend / Altersarmut ist damit vorprogrammiert

Was ist Gute Arbeit? Auf diese Frage antworten die meisten Menschen: Meine Arbeit soll sicher sein und anständig ent-lohnt werden. Sie soll meiner Gesundheit nicht schaden. Ich möchte mitbestimmen kön-nen und neben der Arbeit ge-nügend Zeit für meine Freunde und Familie haben.

Die Realität sieht aber oft anders aus: Befristete Verträ-ge nehmen immer mehr zu, bundesweit arbeiten 8 Milli-onen Menschen zu Niedrig-löhnen, viele sind gezwungen trotz Vollzeitarbeit „aufzustoc-ken“. Leiharbeit, Minijobs und erzwungene Teilzeitar-beit sind auf dem Vormarsch, während unbefristete Vollzeit-stellen immer weniger wer-den. Junge Menschen hangeln sich von Praktikum zu Prakti-

kum und kennen oft gar kei-ne unbefristeten Stellen mehr. Was Unternehmen gerne als „Flexibilisierung“ bezeichnen, bedeutet für viele Familien ein Leben ohne jede Planungssi-cherheit.

300.000 im Niedriglohnbereich

Auch in Hessen arbeitet heute jeder fünfte Beschäf-tigte – bei den Frauen sogar je-de dritte – im Niedriglohnbe-reich, das sind über 300.000 Menschen. Tendenz steigend. Niedriglöhne führen auch zu Altersarmut, weil die Renten nicht mehr zum Leben rei-chen.

DIE LINKE fordert, dass dieser Entwicklung entgegen-gesteuert werden muss. „Nö-

tig ist ein bundesweiter Min-destlohn von zunächst 10 Euro ohne Ausnahmen. Leih-arbeit muss ebenso verboten werden, wie der Missbrauch von Werkverträgen. Öffent-liche Aufträge dürfen nur an Betriebe vergeben werden, die sich Tariflöhne verpflichten und ausbilden“, sagt Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende der LINKEN.

Hartz IV ist Armut per Ge-setz und muss durch ei-ne soziale Mindestsicherung ersetzt werden. Die Qualifika-tion muss ebenso wie die vor-herige Lohnhöhe wieder be-rücksichtigt werden. Denn nur wenn man nicht mehr je-den Job annehmen muss, egal wie schlecht er bezahlt ist, kann Gute Arbeit durchgesetzt werden.



Keinen Luxus, sondern eine angemessene Vergütung forderten die Azubis der Telekom bei einem Warnstreik in Wiesbaden.

Dringend gesucht: Bezahlbare Mietwohnungen

Gerade einmal 7% der Studierenden haben einen Wohnheimplatz / Zahl der Sozialwohnungen hat sich seit 1994 halbiert

In vielen hessischen Städten ist bezahlbarer Wohnraum Mangelware. Die Mietpreise explodieren, auch weil seit über 20 Jahren kaum in den sozialen Wohnungsbau investiert wird. Besonders be-

troffen von der Wohnungsmisere sind Geringverdiener, Familien und Studierende.

Studierst Du schon oder suchst Du noch immer eine Wohnung? So oder so ähnlich klingt die Frage, die sich tau-

sende Studierende jedes Semester stellen müssen. Viele übernachteten wochenlang in Turnhallen oder Gemeindehäusern, weil sie noch zu Beginn des Semesters oft ohne Wohnung dastehen. In Hessen gibt es knapp 220.000 Studierende, aber nur 15.500 Wohnheimplätze. Mit gerade mal 7 Prozent Wohnheimplätzen rangiert Hessen im Bundesvergleich weit hinten. Im bundesweiten Durchschnitt sind es immerhin 10 Prozent. Durch die doppelten Abiturjahrgänge wird dieses eklatante Missverhältnis noch weiter ansteigen.

Auch bei den Sozialwohnungen hat Hessen enormen Nachholbedarf. Landesweit fallen Jahr für Jahr rund 3.200 Wohnungen aus der Sozialbindung – wesentlich mehr als neu gebaut werden. So wurden

im Jahr 2012 nur 1492 neue Wohnungen gefördert. In 2013 waren es sogar nur 411 Wohnungen. Entsprechend hat sich die Zahl an Sozialwohnungen in Hessen in den letzten 20 Jahren nahezu halbiert.

Für Hermann Schaus, Wohnungspolitischer Sprecher der LINKE.-Fraktion, ist das ein Skandal: „Die Landesregierung musste 2012 eingestehen, dass mehr als 40.000 registrierten Wohnungssuchenden keine Sozialwohnung zur Verfügung gestellt werden konnte.“

Nicht nur hehre Worte

Vor diesem Hintergrund fordern wir auch die neue schwarz-grüne Landesregierung auf, ihren hehren Worten auch Taten folgen zu lassen und dem Trend beim Sozialen

Wohnungsbau endlich wirksam etwas entgegen zu setzen.“ DIE LINKE fordert deshalb, dass hessenweit jährlich 4.000 Sozialwohnungen und weitere 2.000 Studierendenwohnungen neu gebaut werden.

DIE LINKE steht mit ihren Forderungen nicht allein: Auf Landesebene hat sich ein Bündnis unter anderem aus DGB, Mieterbund, Studentenvertretern und Arbeitsloseninitiativen formiert, das mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau sowie mehr Studierendenwohnheimplätze fordert.

Hermann Schaus, Parlamentarischer Geschäftsführer DIE LINKE. im Hessischen Landtag



Symbolische Hausbesetzung in Frankfurt – Mietwohnungen in Ballungsräumen sind für viele kaum mehr bezahlbar.

USA spioniert von Hessen aus

Größte CIA-Niederlassung außerhalb der USA

Seit einem Jahr erfahren die Menschen dank Edward Snowden immer mehr über Massenüberwachung und Spionage. Geheimdienste zeichnen die Kommunikation ganzer Staaten auf. Massenhaft werden Bürger, Unternehmen und Behörden bis hin zur Bundeskanzlerin ausspioniert. Die offizielle Begründung: Terrorabwehr in den USA. Eine Erklärung, die sich selbst ad absurdum führt.

Doch im weltweiten „Krieg gegen den Terror“ sind längst alle Schranken gefallen. Es geht um Folter-Gefängnisse, Kriegslügen und totale Informationskontrolle. Selbst der US-Senat wurde vom CIA ausspioniert – um Ermittlungen gegen das Militär zu verhindern!

Weil Hessen eine zentrale Rolle spielt, fordert DIE LINKE. im Landtag umfangreiche Aufklärung durch die Landesregierung. Denn in Hessen sind die größte CIA-Niederlassung (Konsulat Frankfurt), der größte Abhörposten (Dagger-Komplex Darmstadt) und die größte Militärbasis (Wiesbaden) außerhalb der USA. Weil Massenüberwachung, Spionage, Folter und Drohnenkrieg gegen Verfassung und Völkerrecht verstoßen, müssen sie sofort beendet werden.



NSA: Spionage weltweit Bild: forkART



Bild: sportmatikphoto / fotolia

Gesundheit darf keine Ware sein

Landesweit werden kommunale Kliniken geschlossen oder privatisiert. Pflegepersonal wird entlassen, ganze Abteilungen in tariflose Gesellschaften ausgegliedert. In der Folge wächst die Arbeitsbelastung von Pflegekräften und Ärzten massiv, Behandlungsfehler sind vorprogrammiert. Auch bei der Finanzierung der Infrastruktur hakt es gewaltig. Die Landesregierung müsste den Kliniken dringend ausreichend Geld zur Verfügung stellen, um Gebäude zu erhalten und medizinische Einrichtung zu erneuern. Doch man sieht offenbar keinen Handlungsbedarf. Stattdessen kosmetische Veränderungen: Krankenhäusern wird nun nicht mehr projektbezogen Geld zur Verfügung gestellt, sondern pauschal – am Geldmangel selbst ändert sich damit aber nichts.



100. Montagsdemo im Flughafen

Mit Trommeln, Pfeifen und Fluglärm vom Tonband demonstrierten im Mai mehrere Tausend Ausbaugegner im Terminal 1 des Frankfurter Flughafens gegen die Verlärmung der Region. Das Bündnis der Bürgerinitiativen machte klar: Die Proteste werden weitergehen.

Nahverkehr fährt auf Verschleiß

Mehr Geld für Busse und Bahnen in Hessen / Ganze Regionen vom ÖPNV abgehängt

Zur Arbeit, zum Arzt, zu Freunden, oder ins Kino – nicht jeder kann oder will sich ein eigenes Auto leisten, um im täglichen Leben mobil zu sein. Bezahlbare öffentliche Verkehrsmittel sind deswegen eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Doch mittlerweile sind ganze Landstriche vom ÖPNV abgehängt. Bus- und Bahnverbindungen sind im ländlichen Raum häufig nicht mehr vorhanden oder haben eine unattraktive Taktung.

Während der Ausbau des Straßen- und Luftverkehrs durch die Landesregierung massiv vorangetrieben wird, ist der ÖPNV in Hessen seit Jahren chronisch unterfinanziert. Wichtige Verkehrsprojekte werden verschoben und Bahnstrecken stillgelegt. Viele Bahnhöfe in Hessen sind außerdem in einem schlechten Zustand. DIE LINKE will ein hessenweites Modernisierungskonzept für Bahnhöfe. Zentraler Bestandteil davon soll die Barrierefreiheit sein.

Geld für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist vorhanden, es muss nur anders eingesetzt werden.

Janine Wissler, verkehrspolitische Sprecherin der LINKE.-Fraktion: „Der Öffentliche Nahverkehr ist auch ein wichtiger Arbeitgeber für tausende Menschen in Hessen. Wir wollen eine bessere Personalausstattung, gute Arbeitsbedingungen und die Tarifbindung im ÖPNV durchsetzen. Lohndumping muss bekämpft werden.“

Wer will Hormonfleisch, Gen-Mais und Dumpinglöhne?

Freihandelsabkommen TTIP: Nutznießer sind Großbanken und multinationale Großkonzerne / Geheimverhandlungen stoppen

Seit Monaten verhandeln die EU und die USA über das so genannte Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen TTIP. Hinter dem sperrigen Namen verbirgt sich ein Abkommen, das enorme Auswirkungen auf die Verbraucher und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in beiden Wirtschaftsräumen haben würde. Chlorhühnchen, Hormonfleisch und Gen-Essen könnten ohne Kennzeichnung auf deutschen Tellern landen, Arbeitnehmerrechte an die niedrigeren Standards in den USA angeglichen werden. Mühsam erkämpfte Rechte und Schutzmechanismen würden über Bord geworfen.

Was genau seit Monaten hinter verschlossenen Türen verhandelt wird, ist unklar. Bekannt sind hingegen die Akteure hinter den Kulissen. Vo-

rangetrieben wird TTIP von großen Unternehmen und Lobbyisten-Vereinigungen wie „Business Europe“ und „American Chamber of Commerce“, die sich für weitere Deregulierungen und Privatisierungen stark machen.

„Es ist kein Zufall, sondern hat System, dass die Verhandlungen zwischen den Regierungen und Konzernen hinter verschlossenen Türen stattfinden und Details möglichst geheim bleiben sollen“, sagt Willi van Ooyen, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag und ihr europapolitischer Sprecher. Die Zivilgesellschaft solle vom Verhandlungsprozess ausgeschlossen

sein, damit Lobbyisten, EU-Kommissare sowie Bundes- und Hessische Landesregierung weiter für die Vorteile von TTIP trommeln können. Was genau aber wäre der Nutzen eines derartigen Handelsabkommens?:

EU-Handelskommissar Karel de Gucht stellt einen „beispiellosen Impuls“ für die Wirtschaft der EU in Aussicht. Wie der aussehen könnte, hat das eigentlich TTIP-freundliche Institut CEPR ausgerechnet. Es sagt in einem „optimistischen Szenario“ bis zum Jahr 2027 einen Wachstumsschub von 0,5 Prozent für die EU und von 0,4 Prozent für die USA voraus.



Bild: guukaa

Selbst wenn das erreicht würde – der versprochene Zuwachs ist ein Witz. Sie entspräche einem zusätzlichen Wirtschaftswachstum von 0,03 Prozent pro Jahr. Das soll ein „beispielloser Impuls“ sein?

Kaum Impulse für Wirtschaft

Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung zu den TTIP-Wirkungen kommt auf einen Zuwachs von 160.000 Arbeitsplätzen in Deutschland innerhalb von 10 bis 20 Jahren. Das ist schon das „optimistische Szenario“ – und ebenfalls lächerlich. Es entspräche 8.000 bis 16.000 neuen Jobs pro Jahr – und insgesamt einem Anstieg der deutschen Beschäftigung um magere 0,4 Prozent.

Soviel zum angeblichen „Nutzen“ von TTIP. Der Schaden des Freihandelsabkom-

mens hingegen wäre riesig. Van Ooyen: „Ob im Umweltschutz, im Gesundheitswesen oder bei der Vergabe öffentlicher Aufträge: Die angestrebte Harmonisierung von Standards im Interesse der Wirtschaft bedeutet nichts anderes als gesetzliche Vorschriften in allen Wirtschafts- und Lebensbereichen auf das jeweils niedrigste Niveau zu senken.“

Die Menschen auf beiden Seiten des Atlantik dürften sich keinen Sand in die Augen streuen lassen. Nicht sie wären es, die von TTIP profitieren würden, sondern ausschließlich Banken und Konzerne.

Willi van Ooyen, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Hessischen Landtag



NSU-Terror in Hessen aufklären

Untersuchungsausschuss beschäftigt sich mit Rolle von Polizei und Verfassungsschutz

Mindestens zehn Tote, dutzende Schwerverletzte, Banküberfälle, Bombenanschläge und das alles unter den Augen der Behörden – das ist die erschütternde Bilanz des Neonazi-Terrors durch den selbsternannten „Nationalsozialistischen Untergrund“.

Obwohl der Landtag eine „rasche, vollständige und rückhaltlose Aufklärung“ beschlossen hatte, geschah über zwei Jahre nichts. Aufklärung wurde mit der Behauptung abge- bügelt, es habe „keinerlei Pan-

nen und Probleme in Hessen“ gegeben.

Durch Ausschüsse und Gerichte in Berlin und München kam allerdings heraus: Ein Beamter des hessischen Verfassungsschutzes war beim NSU-Mord in Kassel am Tatort, täuschte die Polizei und hat seine Aussagen immer wieder geändert. Die Polizei beschuldigte den Geheimdienst sogar der „Unterstützung für Tatverdächtige“. Mittendrin der damalige hessische Innenminister Volker Bouffier, der die

Ermittlungen der Polizei behindert und den Landtag getäuscht haben soll.

Nun endlich, nach über zwei Jahren, in denen DIE LINKE immer wieder einen Untersuchungsausschuss gefordert und ihn jüngst auch beantragt hat, wird dieser Ausschuss jetzt eingerichtet. Denn auch die SPD, von deren Abgeordneten es letztlich abhing, stimmt nun dafür. Die Fraktion hofft, dass nun endlich die Wahrheit über die Rolle der Behörden ans Tageslicht kommt.

Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen

Teure Massenunterkünfte werden aus politischen Gründen bevorzugt

Ob Bürgerkriege in Syrien und Tschetschenien oder die lebensbedrohlichen Verhältnisse in Somalia und Afghanistan: Auch in diesem Jahr werden Flüchtlinge Schutz in Hessen suchen. Landkreise, Städte und Gemeinden im Land sind damit überfordert, zumal sie auf einem Teil der anfallenden Kosten sitzen bleiben. Zu Recht klagen die Kommunen über die unzureichende Unterstützung durch das Land. Die mancherorts katastrophale Situation in den Flüchtlingsunterkünften ist allerdings nur selten ein Thema.

Asylsuchende finden sich nach einer aufreibenden Flucht oft in Massenunterkünften wieder, wo sie auf engstem Raum und häufig unter untragbaren hygienischen Umständen un-

tergebracht sind. Traurige Berühmtheit hat das Containerlager im Industriegebiet von Oberursel erlangt: Dort müssen Geflüchtete, unter ihnen Familien mit Kindern, teilweise jahrelang in rostenden Stahlcontainern leben.

Die aktuellen Probleme resultieren aus einer Asylpolitik, die auf Abschreckung setzt, statt Migration human zu ge-

stalten und nachhaltig zu planen. Gemeinschaftsunterkünfte werden aus politischen Gründen bevorzugt, obwohl Wohnungen günstiger wären. Die Landesregierung muss endlich handeln und ihrer Verantwortung für Menschen in Not gerecht werden: Asylsuchende haben auch in Hessen ein Recht auf eine menschenwürdige Unterbringung.

☐ Ich möchte weitere Informationen.

☐ Bitte informieren Sie mich über Veranstaltungen in meiner Nähe.

☐ Ich möchte den Newsletter abonnieren.

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag, Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611/350 60 90, Fax: 0611/350 60 91
die-linke@ltg.hessen.de
www.linksfraktion-hessen.de

Kein Europa der Banken

LINKE ruft zu Protesten gegen EZB-Politik auf



Mitte Mai, kurz vor den Wahlen zum Europaparlament, haben Tausende in vielen europäischen Städten gegen die Verarmungsprogramme für die Menschen vor allem in Südeuropa demonstriert. Auch in Deutschland gingen Aktivist_innen auf die Straßen. Ein Zentrum des Protests war wie in den beiden vergangenen Jahren Frankfurt.

Bereits 2012 und 2013 hatte „Blockupy“, ein Bündnis aus einer Vielzahl von Gruppen und Organisationen wie DIE LINKE, Attac, Interventionistische Linke, Gewerkschaften, Jugend- und Studierendenverbänden und vielen mehr, erfolgreich Proteste in der Bankenmetropole organisiert. Zwei Jahre später hat sich gezeigt, wie richtig unsere Einschätzungen sind: Die finanzielle „Konsolidierung“ von Spanien, Portugal und Griechenland durch Privatisierung und rigorose Kürzungen bei

Rente und Transferleistungen hat zur Verarmung weiterer Kreise geführt.

Ulrich Wilken, rechtspolitischer Sprecher der LINKEN im Landtag, ermuntert zum Widerstand: „Durch die Politik der Troika ist weiterer Sozialabbau vorgezeichnet. Im Herbst 2014 wird die EZB in ihre neuen Räumlichkeiten in Frankfurt einziehen. Wir von Blockupy werden die Verantwortlichen mit vielen Aktionen daran erinnern, welche Verantwortung sie direkt für das Elend, die Armut und die Ohnmacht der Menschen in den europäischen Krisenzonen haben.“

Aktuelle Informationen:
www.blockupy.org

Ulrich Wilken, rechtspolitischer Sprecher DIE LINKE. im Hessischen Landtag



Energiewende: sozial und gerecht

Ökologisch, bezahlbar und in Bürgerhand

Die Energiewende haben sich Regierungsparteien in Bund und Land auf die Fahnen geschrieben. Doch bei näherem Hinsehen entpuppen sich die hehren Worte als bloße Lippenbekenntnisse: Der Umbau der Energieversorgung vollzieht sich viel langsamer als notwendig. Und Hessen steht beim Ausbau der Erneuerbaren Energien weit hinten im Bundesländervergleich.

Energiewende heißt für DIE LINKE nicht, Kohle- und Atomkraftwerke durch riesige Offshore-Windparks zu ersetzen. Notwendig ist vielmehr, die Energieversorgung auf dezentrale Wind- oder Solarstrom-Anlagen umzustellen und zu demokratisieren. Dies bietet die einmalige Chance, die Macht der Energieriesen zu brechen und die Marktstruktur langfristig zu verändern.

Statt großer Konzerne, von denen nur die Aktionäre profitieren, könnten regionale Stadtwerke, Kommunen und Bürgergenossenschaften als

zusätzliche Energieproduzenten einsteigen.

Die Energiewende müsse aber auch gerecht und sozialverträglich sein, fordert Janine Wissler, Vorsitzende und energiepolitische Sprecherin der LINKE-Fraktion im Landtag. „Mehr als 10.000 Haushalten wird in Hessen jedes Jahr der Strom abgedreht, weil sie die Rechnung nicht mehr bezahlen können.“

Bezahlbarer Strompreis

Sozial-ökologische Energiewende bedeutet auch, dass der Strompreis für die Privathaushalte bezahlbar bleibt.“

Der Preistreiber sei nicht der Ausbau der Erneuerbaren Energien, wie oft behauptet werde. Der Großhandelspreis an der Strombörse sinke durch das vermehrte Angebot an Ökostrom sogar. „Nur die Energiekonzerne, die jahrzehntelang Milliarden Gewinne mit ihren Atomkraftwerken eingefahren haben und dabei erheblich vom Staat subventi-

Energiewende bedeutet nicht, einfach nur riesige Offshore-Windparks zu bauen. Notwendig ist vielmehr, die Energieversorgung auf dezentrale Wind- oder Solarstrom-Anlagen umzustellen und zu demokratisieren.



Bild: John / fotolia

oniert wurden, geben diesen Vorteil nicht an die Endkunden weiter.“

Privathaushalte zahlten etwa doppelt so viel für die Kilowattstunde Strom wie die Industrie. Deshalb fordert Janine Wissler: „Wir brauchen die Wiedereinführung der 2007 abgeschafften staatlichen Strompreisaufsicht, eine Senkung der Stromsteuer und Sozialtarife.“ DIE LINKE setze sich für

eine Energiewende ein, die den Menschen nützt. „Wir stehen für eine ökologische, soziale und demokratische Energiewende, von der die Umwelt und die Bevölkerung profitieren.“

Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE im Hessischen Landtag



IMPRESSUM:

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag, Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel. 0611/350 60 90, Fax 0611/350 60 91
die-linke@ltg.hessen.de
www.linksfraktion-hessen.de
Redaktion: B. Schmid, J. Cezanne
Gestaltung: J. Güttler
Druck: Mediaservice

Schluss mit dem Schulchaos

Landesregierung versagt bei G8-Schulreform / LINKE: Sofort zurück zu G9!

Durch die sogenannte G8-Reform wurde die Schulzeit an hessischen Gymnasien seit 2004 von neun auf acht Jahre verkürzt. Dadurch sollten die Abgänger_innen auf dem Arbeitsmarkt international wettbewerbsfähiger werden. Doch die Umstellung auf das „Turbo-Abi“ sorgte für massive Proteste von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrerschaft. Denn die verkürzte Schulzeit führt zu enormen Stress: Lerndruck, keine Zeit für Hobbys, Freunde und Ehrenamt sind gängige Folgen. Jugendmediziner_innen und Psychologen_innen stellten auch gesundheitliche Beeinträchtigungen und psychische Probleme bei vielen G8-Schülerinnen und Schülern fest – eine Entwicklung, vor denen sie vergeblich vor der Umstellung gewarnt hatten.

Kein Schulfrieden in Sicht

Doch anstatt die Reißleine zu ziehen und landesweit zur neunjährigen Gymnasialzeit zurückzukehren, laviert auch die neue schwarz-grüne Landesregierung herum. „Schulfrieden für Hessen“, mit dieser Losung waren die Grü-



Bild: dwa59 / fotolia

Die Leidtragenden sind die Schülerinnen und Schüler: Lerndruck, keine Zeit für Hobbys, Freunde und Ehrenamt sind Folgen der Schulzeitverkürzung.

nen in den Wahlkampf gezogen. In der Regierung hätten sie nun die Möglichkeit, ihren Worten auch Taten folgen zu lassen. Doch von einem „Schulfrieden“ ist Hessen immer noch weit entfernt.

„Wahlfreiheit“ nennt die schwarzgrüne Landesregierung ihre neueste „Verbesserung“, doch von Wahlfreiheit kann man beim besten Willen nicht sprechen. Die Änderung im Schulgesetz sieht nun auch für die laufenden Klassen 5, 6 und 7 eine Rückkehrmöglichkeit zu G9 vor, die Hürden dafür sind aber außerordentlich hoch. Die schulpolitische

Sprecherin der LINKE-Fraktion, Barbara Cárdenas, schließt sich der vernichtenden Kritik von Verbänden und Gewerkschaften an dem Gesetzentwurf an und fordert: „Wirklichen Schulfrieden gibt es erst bei einer Rückkehr zu G9 – sowie der Möglichkeit, individuell die Schulzeit zu verkürzen, wie es schon vor G8 möglich war.“

Barbara Cárdenas, schulpolitische Sprecherin DIE LINKE im Landtag



Mehr Geld für Kitas

DIE LINKE: Betreuungsqualität steht an erster Stelle

Kinder in Kitas sollten in kleinen Gruppen und durch eine angemessene Zahl von Fachpersonal qualitativ hochwertig betreut werden. Das mit den Stimmen der ehemaligen CDU-/FDP-Koalition beschlossene Kinderförderungsgesetz (KiföG) bewirkt jedoch das genaue Gegenteil. Nach heftigen Protesten von Kita-Trägern, Gewerkschaften und Eltern will Schwarzgrün im Sommer einen Runden Tisch einberufen. Marjana Schott, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion fordert die Rücknahme des Gesetzes.

Frau Schott, was halten Sie vom Runden Tisch Kinderbetreuung im Juli dieses Jahres?

Vor der Wahl haben die Grünen das Gesetz noch als „Murks“ kritisiert. Nach der Wahl ist nun alles anders. Sozialminister Stefan Grüttner wird sich, egal was beim Runden Tisch besprochen wird, für sein Gesetz loben. Ich hoffe, dass viele Träger, Eltern, Gewerkschaften und Fachpersonal ihre Kritik an dem Gesetz laut und deutlich machen und seine Abschaffung fordern werden.

Was muss beim KiföG unbedingt geändert werden?

Eine Kindertagesstätte ist eine pädagogische Einrichtung und kein Wirtschaftsunternehmen. In der Folge des neuen Gesetzes sind die Träger ständig am Rechnen, um festzustellen, welche Kinder aus finanziellen Gründen in die Gruppe passen. Da es nur

einen Stichtag im Jahr gibt, können keine neuen Gruppen eingerichtet werden. Das wichtigste ist aber, dass mehr Geld für Personal zur Verfügung steht muss. Deswegen muss die Finanzierung wieder pro Gruppe erfolgen, auch wenn mal ein Kind weniger in der Gruppe ist.

Was für eine Kinderbetreuung will die LINKE?

Kinder und Eltern haben das Recht auf gut ausgestattete, kostenlose Kinderbetreuungseinrichtungen. Dafür brauchen wir mindestens 2500 zusätzliche gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher, für die das Land den Kommunen Geld zur Verfügung stellen muss. Keine Kitagruppe darf mehr als 20 Kinder haben mit mindestens zwei Fachkräften in Vollzeit. Nur mit ausreichend Personal stellt man eine qualitativ hochwertige Betreuung sicher.